

Bezeichnung der einladenden
Mitarbeitendenvertretung bzw.
Dienststellenleitung

Ort, Datum

An alle wahlberechtigten
Mitarbeitenden
des/der _____ (Dienststelle)

Betr.: Mitarbeitendenvertretungswahl

Anlagen: Je eine Liste der wahlberechtigten und der wählbaren Personen
[Alternative]
Formular Wahlvorschlag
Antrag für Briefwahl

Liebe Mitarbeitende,

nach § 15 Absatz 2 Mitarbeitendenvertretungsgesetz (MVG-Baden) sind im Bereich der
Evangelischen Landeskirche in Baden bis zum 30. April _____
Mitarbeitendenvertretungen zu wählen. Aus diesem Grund sind alle wahlberechtigten
Mitarbeitenden aufgefordert, sich an der Wahl ihrer Mitarbeitendenvertretung zu
beteiligen.

I) Wahlen

Die Wahl der Mitarbeitendenvertretung findet

in:

[Ort, Wahllokal]

am:

[Wochentag und Datum]

in der Zeit:

[Zeit der Wahl: von ... bis ...]

statt.

II) Wahlberechtigt sind nach § 9 Absatz 1 MVG-Baden

- alle Mitarbeitenden, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten der Dienststelle angehören, sowie
- Mitarbeitende, die am Wahltag dieser Dienststelle seit wenigstens drei Monaten überlassen worden sind.

Nicht wahlberechtigt sind nach § 9 Absätze 2, 2a und 3 MVG-Baden

- Mitarbeitende, die am Wahltag seit mehr als drei Monaten und für wenigstens weitere drei Monate beurlaubt sind,
- Mitarbeitende, die am Wahltag aufgrund einer Altersteilzeitvereinbarung freigestellt sind,

- Mitarbeitende, die am Wahltag seit mehr als drei Monaten zu einer anderen Dienststelle abgeordnet sind, sowie
- Mitglieder der Dienststellenleitung nach § 4 Absatz 1 MVG-Baden sowie Personen nach § 4 Absatz 2 MVG-Baden.

III) Wählbar sind nach § 10 MVG-Baden

alle voll geschäftsfähigen Wahlberechtigten (§ 9), die am Wahltag der Dienststelle seit mindestens sechs Monaten angehören.

Nicht wählbar nach § 10 Absatz 2 MVG-Baden sind Wahlberechtigte, die

- am Wahltag noch für einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten beurlaubt sind, zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt werden,
- als Vertretung der Mitarbeitenden in das kirchengemeindliche Leitungsorgan gewählt worden sind,
- Ehegatten, Lebenspartner oder Lebenspartnerinnen, Verwandte oder Verschwägerte ersten Grades eines Mitglieds der Dienststellenleitung oder einer Person nach § 4 Absatz 2 MVG-Baden sind, sowie
- von einer anderen Dienststelle überlassen worden sind.

IV) Liste der wahlberechtigten als auch der wählbaren Personen

Beigefügt sind die Listen der wahlberechtigten als auch der wählbaren Personen

[Die Listen der wahlberechtigten als auch der wählbaren Personen werden ausgelegt

in: _____

[Ort]

am: _____

[Wochentage und Datum]

in der Zeit: _____

[Zeit der Einsichtnahmemöglichkeit: von ... bis ...]

und können dort eingesehen werden.]

Einwendungen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit sowohl der Liste der wahlberechtigten als auch der wählbaren Personen können innerhalb von zwei Wochen nach deren Zugang vorgebracht werden.

V) Zahl der zu wählenden Mitglieder der Mitarbeitendenvertretung

Es sind gemäß § 8 MVG-Baden _____ Mitglied / _____ Mitglieder der Mitarbeitendenvertretung zu wählen.

VI) Wahlvorschläge

Wahlvorschläge können bis zum _____ [Tag und Datum] beim Wahlvorstand mit beigefügtem Formular eingereicht werden. Der Wahlvorschlag muss vollständig ausgefüllt und von mindestens drei wahlberechtigten Personen unterschrieben sein.

VII) Briefwahl

Wahlberechtigte können ihr Wahlrecht auch im Wege der Briefwahl ausüben, wenn der in der Anlage beigefügte Antrag vollständig ausgefüllt spätestens bis zum _____ [Tag und Datum, eine Woche vor dem Wahltag] dem Wahlvorstand vorliegt.

VIII) Wahl der Vertrauensperson der Mitarbeitenden mit Schwerbehinderung

Zur Wahl der Vertrauensperson und der stellvertretenden Personen der Mitarbeitenden mit Schwerbehinderung sind mindestens fünf nicht nur vorübergehend beschäftigte schwerbehinderte Mitarbeitende oder diesen nach § 151 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) gleichgestellte Mitarbeitende in der Dienststelle aufgerufen. Diese Wahl wird nach § 14 Absatz 4 WO-MVG-Baden im Briefwahlverfahren und in einem eigenen Wahlverfahren durchgeführt.

Sollte Ihre Dienststelle keine Kenntnis über Ihre Gleichstellung gemäß § 151 Absatz 2 SGB IX haben, so können Sie Ihre Wahlberechtigung durch Meldung über die Gleichstellung an die Dienststelle herstellen.

[Grußformel]

[Unterschrift]